

Gedanken zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel 2006

von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e. V.

Ein Anruf des Redakteurs von **ISOR aktuell** mit der sanften Erinnerung an einen Artikel zum Jahreswechsel erschreckt mich etwas. Ist denn schon wieder ein Jahr vorbei? Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergeht, aber mit zunehmendem Alter hat man den Eindruck, dass die Zeit schneller läuft als man es sich wünscht.

Sofort kommen Gedanken auf, was haben wir in diesem Jahr geschafft, was ist noch offen, was muss jetzt vorrangig in Angriff genommen werden und unter welchen Bedingungen. Da gibt es Gutes und Schlechtes.

Das Schlechte: Die modernen Sozialräuber lassen nicht nach, den Menschen immer tiefer in die Taschen zu greifen. Die Reichen schämen sich nach wie vor nicht, immer schamloser ihren Reichtum auf Kosten der Armen zu mehren.

Obwohl die Menschen in unserem Land bei der Wahl des neuen Bundestages im September unmissverständlich klargemacht haben, dass sie keine Demontage des Sozialstaates wollen und die Parteien der heutigen großen Koalition für ihre unsoziale Politik abgestraft haben, beinhaltet der Koalitionsvertrag die Sanierung des Staatshaushaltes auf Kosten der kleinen Leute.

Kontinuität beim Sozialabbau, darauf setzt die neue Bundesregierung. Das ist das »Weihnachtsgeschenk« nach einem Jahr voller Überraschungen.

Was den Rentnern bevorsteht, ist eindeutig:

Bis Ende des Jahrzehnts wird es keine Rentenerhöhung geben. Im Klartext heißt das, dass in den nächsten vier Jahren die Renten um real acht Prozent abgesenkt werden. Altersarmut ist damit in Deutschland vorprogrammiert.



Vorstand, Geschäftsstelle und Redaktion
wünschen allen unseren Lesern schöne Feiertage
und ein gesundes neues Jahr. Die Redaktion
bedankt sich bei allen, die mit ihren Anregun-
gen und Zuschriften zur Gestaltung unseres
Blättchens beigetragen haben. Wir verbinden
dies mit der Bitte um weitere gute Zusammen-
arbeit und um neue zündende Ideen.

Weihnachten, das Fest der Freude, wird so ganz schnell zum Fest des Frustes.

Nun das Gute! Es besteht u. a. darin, dass sich im Vorhandensein einer starken linken Opposition im Deutschen Bundestag die Bedingungen bzw. der Spielraum für die Durchsetzung des Vorhabens der Sozialräuber, wie sie

im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden, verschlechtert haben und die Bedingungen für den Kampf um soziale Gerechtigkeit sich etwas günstiger gestalten.

Dazu gehört auch, dass sich ISOR solidarisch in den verstärkten Kampf der Sozialverbände zur Verhinderung des weiteren Sozialabbaus einreicht. Es gilt jetzt, das Erreichte zu bewahren, soziale Ungerechtigkeiten und das Rentenstrafrecht sowie die Benachteiligung der Menschen im Osten und aller sozial schwachen Menschen in der BRD zu beseitigen. Vorhaben, den Sozialstaat aufzukündigen, provoziert energischen Widerstand.

Unsere Vertreterversammlung hat dazu richtungsweisende Orientierungen gegeben, die es jetzt gilt, sachlich und konstruktiv umzusetzen.

Das neue Jahr wird uns alle fordern. Nur gemeinsam und in Solidarität mit Verbänden und Vereinen können und müssen wir etwas für uns und unsere Kinder tun, werden wir noch aktiver, um unsere sozialen Rechte kämpfen.

Das schließt den politischen und juristischen Kampf um die restlose Beseitigung des Rentenstrafrechts und die Beendigung der Ver-

sorgungsbenachteiligung ein. Wir wissen von den Schwierigkeiten dieses Kampfes und den damit verbundenen Problemen und persönlichen Opfern.

Wir wissen aber auch um die Kraft, die uns für diesen Kampf gegeben ist. Solidarität, Mut und Opferbereitschaft, Menschlichkeit und unser Sinn nach sozialer Gerechtigkeit für alle Bürger in unserem Land.

Es ist mir und dem Vorstand der ISOR e. V. ein Bedürfnis des Herzens, allen Mitgliedern unserer Initiativegemeinschaft und allen mit uns freundschaftlich verbundenen Sozialvereinen für das große Bemühen, die erwiesene Solidarität im Kampf um die Beseitigung des Rentenunrechts herzlich zu danken.

Die bisherigen Erfolge im Kampf um soziale Gerechtigkeit sind die Quelle unserer Kraft, unseren Weg unbeirrt fortzusetzen. Sie

bestätigen zugleich die Richtigkeit unseres Handelns.

Für das bevorstehende Weihnachtsfest und für das Jahr 2006 wünsche ich alles erdenklich

Gute, Frieden, Gesundheit und Freude im Kreis der Familie.

EntschlieÙung

der Vertreterversammlung der ISOR e.V.

vom 12. November 2005

Die Vertreterversammlung bekundet die Geschlossenheit, den Willen und die Solidarität, den Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Versorgungsbenachteiligung verstärkt fortzusetzen.

Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer gesamtgesellschaftlichen Krise. Die bisher etablierten Politiker und ihre Parteien haben an Vertrauen verloren. Auswege werden in »Reformen« zum weiteren Sozialabbau und in höheren Belastungen für die Masse der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten gesehen. Mit der Begründung einer Konjunkturbelebung werden die Verwertungsbedingungen für das Großkapital einseitig verbessert.

Die Aktivitäten zur Delegitimierung und Verleumdung der DDR, ihrer Geschichte und großer Teile ihrer Bürger – darunter ehemalige Angehörige der Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane – halten unvermindert an.

Eine große Koalition der Rache und Vergeltung im Deutschen Bundestag hat mit dem jüngsten Gesetz zur Änderung des AAÜG, das am 1. Juli 2005 in Kraft trat, das Strafrechtssystem bekräftigt und neue Kategorien von Strafrechten geschaffen. Zur Begründung der Rentenkürzungen werden nunmehr nicht nur angeblich überhöhte Einkommen, sondern vor allem vorgeblich faktische und rechtliche Weisungsbefugnisse gegenüber dem MfS genommen. Damit wird neues Unrecht mit bereits bestehendem gegenüber allen ehemaligen Angehörigen des MfS begründet. Damit werden Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes ignoriert und das Rechtsprinzip der Wertneutralität des Rentenrechts missachtet. Eine solche Praxis gab es bisher nur in der Zeit des Faschismus in Deutschland.

Mit dem Einzug einer starken Linksfraktion in den Bundestag nach der Wahl am 18. September 2005 haben sich das Kräfteverhältnis sowie die parlamentarischen Möglichkeiten und Bedingungen, dagegen aufzutreten, deutlich verbessert.

Folgende Schwerpunkte stehen im Mittelpunkt der Arbeit von ISOR e.V.:

1. Unsere konkreten Ziele und Aufgabenstellungen sind in die breite, zunehmend gesamtdeutsche Protestbewegung gegen Sozialabbau und in den generellen Kampf gegen Ungleichbehandlung und Diskreditierung Ostdeutscher einzuordnen. Wir bauen dabei auf die gegenseitige Solidarität und Hilfe mit vielen Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiati-

ven innerhalb und außerhalb des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden.

2. Der Kampf für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts steht nach wie vor im Mittelpunkt unserer Arbeit. Verbindliche Grundlagen dafür sind und bleiben:

- ▼ die Politische Führungskonzeption des ISOR-Vorstandes vom 30. Januar 2003 und
- ▼ die Konzeption zur Fortsetzung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht vom 8. Oktober 2004 (Beschluss der außerordentlichen Vertreterversammlung).

3. Wir sehen in der unverzüglichen Prüfung juristischer Möglichkeiten zur Abwehr von Sanktionen im Sinne des gerade verabschiedeten Ersten AAÜG-ÄndG sowie in der fortgesetzten Suche und Auswertung „neuer rechtserheblicher Tatsachen«, vor allem zur Einkommens- und Qualifikationsstruktur des MfS, wesentliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Unsere konkreten Forderungen an Politik und Gesetzgeber lauten:

- ▼ Ersatzlose Aufhebung des § 6 Abs. 2 in der Fassung des Ersten Änderungsgesetzes zum AAÜG;
- ▼ Neuregelung des § 7 AAÜG nach Maßgabe der Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS;
- ▼ Beendigung der Blockade des Zuganges zu einem Teil der dazu notwendigen Daten;
- ▼ Neuregelung der Entschädigung für Dienstunfälle nach den Grundsätzen des Dienstbeschädigtenausgleichsgesetzes ab 01. 07. 1991 und auch für die ehemaligen Mitarbeiter des MfS;

▼ Zahlung des Dienstbeschädigtenausgleichs in voller Höhe der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz;

▼ Regelung der Erhaltung des Realwertes von besitzgeschützten Leistungen aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen durch Anpassung mindestens an die Inflationsrate in den neuen Bundesländern;

▼ Schließung aller Überführungslücken und Beendigung der Versorgungsbenachteiligung.

4. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Mobilisierung unserer Mitglieder und Sympathisanten zu gezielten Aktionen auch zu konkreten Erfolgen führen. Nahezu 7.000 individuelle und Tausende Massenpetitionen haben so auch zum Einlenken der Birtler-Behörde hinsichtlich der Herausgabe notwendiger Unterlagen geführt.

5. Die unterschiedene Zurückweisung von Verleumdungen und Lügen über Rolle und Tätigkeit der ehemaligen bewaffneten Organe der DDR, speziell zum MfS, und die Verbreitung der Wahrheit über deren staatsrechtliche Stellung und Aufgaben sind von grundsätzlicher Bedeutung. Mit Lügen, Verzerrungen und Halbwahrheiten soll letztlich das Rentenstrafrecht gerechtfertigt werden.

6. Die Wirksamkeit unserer Aktionen und unserer gesamten Arbeit wird wesentlich von unserer personellen, organisatorischen und moralischen Stärke bestimmt.

Wir appellieren an alle noch vom Rentenstrafrecht Betroffenen, sich als Mitglied unserem Verein anzuschließen. Wir sehen in unserem Verein die geeignetste politisch-organisatorische Plattform für Menschen mit gemeinsamer Vergangenheit und dadurch geprägten politischen Ansichten sowie für die Wahrung freundschaftlicher sozialer Beziehungen und gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Wir sind voller Zuversicht, auf diese Art und Weise in solidarischer Verbundenheit Rentenstrafrecht und die vielen anderen Ungerechtigkeiten letztlich doch beseitigen zu können.





Am 12. November fand in Berlin die Vertreterversammlung der ISOR e.V. zur Beratung über die gegenwärtige Lage und Beschlussfassung über die Aufgaben sowie zur Wahl des neuen Vorstands und der Revisionskommission statt.

Als Gäste wurden Dr. Martina Bunge und Dr. Gesine Löttsch, beide Bundestagsabgeordnete und Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie Arbeitskreisleiterinnen der Fraktion »Die Linke.«, der Stellvertretende Vorsitzende des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden, Gerhard Bombal, Oberstleutnant a.D. Herbert Becker, Vorsitzender Ehemalige im Landesverband Ost des Deutschen Bundeswehrverbandes, Prof. Dr. Siegfried Mechler, Vorsitzender der GRH, Anna-Maria Müller, Stellvertretende Vorsitzende des Seniorenverbandes BRH, Prof. Dr. Ernst Bienert von der GBM und Rechtsanwalt Benno Bleiberg begrüßt.

Aus dem Bericht des Vorstands

... Mit großer Freude registrieren wir, dass die Linkspartei.PDS ein respektables Wahlergebnis erreicht hat, in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen ist und damit das hoffnungsvolle Projekt einer gesamtdeutsch verankerten sozialistischen Partei deutlich vorangekommen ist.

Obwohl wir als Verein parteipolitisch unabhängig sind, haben wir uns bei diesen Bundestagswahlen erstmalig ohne Wenn und Aber für die Wahl der Linkspartei engagiert. Das nicht zuletzt auch deshalb, weil sich alle anderen etablierten Parteien mit der von Rache und Vergeltungssucht getragenen letzten Änderung des AAÜG aus unserer Sicht politisch disqualifiziert haben. In diesem Zusammenhang gilt unsere Hochachtung den SPD-Abgeordneten Hacker und Lohmann, die sich in schriftlichen Stellungnahmen für die Wertneutralität des Rentenrechts eingesetzt haben. Wir betrachten den Wahlerfolg der Linkspartei auch als unseren Wahlerfolg und rechnen fest damit, dass sie – wie in der Vergangenheit auch und wie durch Parteitagebeschluss vor den Bundestagswahlen festgeschrieben – weiter mit uns gemeinsam für die Beseitigung des Rentenstrafrechtes streiten wird.

... Am 8. Oktober 2004 hatten wir die Entschei-

dungen des Bundesverfassungsgerichts eingeschätzt: »...Nach unseren Erfahrungen können wir Versuche nicht ausschließen, mit neuerlichen Ausnahmetatbeständen die eindeutigen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zu unterlaufen...«

Wir haben mit dieser Einschätzung leider Recht behalten. Zwar musste eine große Koalition der Rache und Vergeltung im Bundestag zähneknirschend ca. 11.000 von 13.000 vormals durch die sog. E 3 -Regelung diskriminierte Rentner von der Rentenstrafe befreien. Sie schuf aber mit dem Konstrukt angeblicher rechtlicher oder faktischer Weisungsrechte gegenüber dem MfS neue Kategorien von Strafrentnern (Mitglieder von Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen, bestimmte Richter und Staatsanwälte), die etwa 4.000 Personen umfassen dürften. Dass in dem zusammengeschusterten Gesetz auch »Staatssekretäre im Politbüro« genannt sind - damit können wir leben.

Schon allein die Tatsache, dass bestandskräftige Renten der neu zu Strafrentnern erklärten Personenkategorien weiter Bestand haben, macht selbst dem juristischen Laien die Willkür des neu geschaffenen Rentenstrafrechts sichtbar. Das Bundesverfassungsgericht hatte ausdrücklich darauf orientiert, dass Rentenkürzungen an den Nachweis gebunden sein müssten, dass entsprechende Einkommen nicht durch Arbeit und Leistung gerechtfertigt wären, also nach dem Einigungsvertrag als überhöht zu gelten hätten. Ein solcher Nachweis wurde erst gar nicht versucht. Stattdessen wurde das neue Unrecht mit dem alten Unrecht der Rentenkürzung bei Mitarbeitern des MfS begründet. Die Propagandalüge aus dem Hause der Frau Birthler von der angeblichen Selbstprivilegierung des MfS wurde ohne jede Beweisführung auf die angeblich dem MfS gegenüber weisungsberechtigten Personen übertragen. Losgelöst von der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes wurden Rentenkürzungen nicht mehr aus »überhöhten« Einkommen, sondern von der in der DDR ausgeübten Tätigkeit her abgeleitet. Das aber ist eine so offenkundige Verletzung

der Wertneutralität des Rentenrechts, ein so deutlicher Rückgriff auf faschistische Praktiken, dass grundlegende Rechtspositionen in Deutschland auf dem Prüfstand stehen.

... In Beratungen mit dem Seniorenverband BRH und dem Landesverband Ehemaliger – Ost im Deutschen Bundeswehrverband sowie mit der GBM wurde vereinbart, dass in bewährter Weise durch Musterverfahren Klagen zum § 6 Abs. 2 AAÜG abgestimmt und gemeinsam vorangetrieben und zum Bundesverfassungsgericht gebracht werden. Unabhängig davon wird gegenwärtig geprüft, ob der Weg einer direkten Verfassungsbeschwerde erfolgreich beschritten werden kann.

... Die Hauptaufgabe ist jetzt die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS im Vergleich zu denen in der Volkswirtschaft der DDR. Bekanntlich wurde dazu eine Arbeitsgruppe unter der gemeinsamen Leitung von Prof. Edelman und Dr. Welschmied gebildet. Durch diese werden erfolgreich immer wieder diejenigen Spezialisten mobilisiert, deren Sachverstand zur Lösung der jeweiligen Teilaufgaben benötigt wird.

... Im Ergebnis der massenhaften Petitionen und Schreiben der Mitgliedschaft musste die Birthler-Behörde schließlich einlenken und den Zugang zu den Unterlagen der Abteilung Finanzen und der HA Kader und Schulung des MfS ermöglichen. Das ist der Erfolg des großen Einsatzes einer Vielzahl von Funktionären der TIG und der Aktivität unserer Mitglieder nach den konkreten Anregungen auf der Internetseite von ISOR.

... Wir haben erste Ergebnisse über die Höhe der Durchschnittseinkommen und deren Verhältnisse. Sie werfen Fragen auf, denen nun in der weiteren Arbeit nachgegangen werden muss. Dabei geht es vor allem um Fragen nach Gründen für die ermittelten Unterschiede in den Einkommenshöhen, die vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben können.

... Welche Forderungen nach einer höheren Berücksichtigung der im MfS erzielten Einkommen bei der Rentenberechnung gegenüber der Politik und den Gerichten begründet gestellt werden können, wird das Ergebnis der gutachterlichen Auswertung zeigen. Dabei werden die nachprüfbaren Tatsachen das entscheidende Gewicht haben. Wir gehen davon aus, dass die Begrenzung auf die Durchschnittsrente nach der Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS vom Bundesverfassungsgericht als inakzeptabel bewertet wird. Es hat das gegenüber dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt auch in den anderen bewaffneten Organen höhere Einkommen nicht als »überhöht« angesehen und damit auch in den bewaffneten Organen höhere Verdienste für höhere persönliche Qualifikationen und entsprechend nachweisbar höher qualifizierte Tätigkeiten anerkannt.

➤ Fortsetzung von Seite 3

Das Bundesverfassungsgericht wird auch zu berücksichtigen haben, dass hohe und höchste Einkommen im MfS durch die Wirkung der Beitragsbemessungsgrenze ohnehin schon für die Rentenberechnung in erheblichem Umfang gekürzt werden und nach der eigenen Rechtsprechung an weitere Kürzungen strengste Maßstäbe anzulegen sind. Es hat bisher zwar stets auf die von der Volkskammer verfügte Rentenkürzung für Mitarbeiter des MfS verwiesen, aber noch nicht berücksichtigt, dass die mit 990,- M festgesetzte Rente auch bei ungünstigster Auslegung (Stichtag: 01.01.1991) 1,28 Entgeltpunkten entsprochen hat.

Ob es gelingt, die MfS-Einkommen im vollen Umfang für die Rentenberechnung wirksam werden zu lassen, kann heute niemand mit Sicherheit sagen. Der Kampf lohnt sich trotzdem.

... Wie bereits aus **ISOR aktuell** bekannt, wird uns auch noch der Zugang zu wichtigen Unterlagen verwehrt. Bundesverwaltungsamt, BMI und Birtler-Behörde haben sich verschworen, ISOR das Recht abzusprechen, die bei der Erarbeitung der Entgeltbescheide elektronisch gespeicherten Einkommensdaten zu verwenden. ... ISOR hat gegen die entsprechend ablehnenden Bescheide Widerspruch und Klage erhoben und damit den erfahrungsgemäß leider langen Verwaltungsweg eröffnet. Es kommt nun darauf an, dies erneut durch massenhafte Petitionen und Proteste an den Bundestag und die Behörden zu unterstützen. In **ISOR aktuell 11/05** haben wir ein Musterschreiben für Protestbriefe bzw. Unterschriftensammlungen gegen die Willkür von Bundesverwaltungsamt und Birtler-Behörde veröffentlicht. Nach Konstituierung der Bundesregierung und der Ausschüsse des Bundestages werden wir weitere Empfehlungen geben und fordern alle Mitglieder auf, sich diesen Protesten anzuschließen.

Im Oktober hat nach langem Schweigen auch das Schmidt-Ministerium die Herausgabe der Unterlagen verweigert, nach denen das in der Anlage 6 AAÜG ausgewiesene Durchschnittseinkommen in der Volkswirtschaft der DDR ermittelt wurde. ISOR habe kein Recht auf Akteneinsicht in Unterlagen, die im Bereich der normativen Tätigkeit, also der Gesetzgebung, entstanden sind. Hier kann uns ein Gesetz helfen, das am 1. Januar 2006 in Kraft tritt – das so genannte Informationsfreiheitsgesetz.

... Alle Erfolge im Kampf gegen das Rentenstrafrecht wurden letztlich auf juristischem Weg, durch Herbeiführung von Entscheidungen der höchststrichterlichen Instanzen erreicht. Dazu wäre es jedoch ohne den erforderlichen politischen Druck, ohne unseren organisatorischen Zusammenschluss und die ständige politische Artikulation unserer Interessen nicht gekommen. Und das gilt auch für die Zukunft.

... Wir haben gesehen, wie durch eine Vielzahl von Petitionen selbst eine Einrichtung, wie die Birtler-Behörde zum Einlenken gezwungen werden konnte. Aber damit ist das Thema Petitionen noch lange nicht abgehakt. Der Bundestag ist uns noch Antworten schuldig, vor denen er sich in nicht wenigen Fällen schon über ein Jahr lang drückt. Etwa 7.000 individuelle Petitionen sind nicht nur eine in der Geschichte des Petitionsausschusses sensationelle Anzahl. Sie enthalten auch – wie auf unserer Web-Seite im Internet nachlesbar dokumentiert wurde – ein ganzes Feuerwerk von klugen, durchdachten und überzeugenden Argumenten gegen die anhaltende rentenrechtliche Diskriminierung der Mitarbeiter des MfS. Nach dem letzten Änderungsgesetz zum AAÜG werden die Antworten selbstverständlich ablehnenden Charakter besitzen. Vielleicht wird auch im Gestus von Pharisäern ausgeführt werden, dass man mit der nunmehrigen Bestrafung der Vorgesetzten des MfS, vorgebrachten Einwänden in den Petitionen entsprochen habe. Aber – und hier liegt der Hase im Pfeffer – die ablehnenden Antworten müssen dennoch begründet werden. Theoretisch und praktisch ist keine ablehnende Antwort denkbar, die uns nicht erneut Stoff für eine offensive Auseinandersetzung liefert. Wir werden diese Auseinandersetzung führen in unserer Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsam mit unseren Freunden in anderen Verbänden und Vereinen und immer wieder auch in Gesprächen mit Politikern aller Parteien im Bundestag. Wir bitten alle Mitglieder, ihre TIG von Antworten des Petitionsausschusses zu informieren, Muster der sicher standardisierten Antworttexte über die TIG an den Vorstand zu übersenden und immer dann, wenn Petitionen nicht beantwortet werden, um Antworten zu ersuchen.

... Auf unserer Außerordentlichen Vertreterversammlung im Oktober 2004 haben wir zu einer Offensive bei der Mitgliederwerbung aufgerufen und eingeschätzt: »Der Erhalt und möglichst noch ein Wachstum der Mitgliederstärke von ISOR wären das deutlichste Signal an Jene, die uns jetzt zur Resignation oder Aufgabe unseres Kampfes zwingen wollen.«

Ganz in diesem Sinne hat der Vorstand von ISOR am 16.02.2005 eine Beratung mit mehr als hundert ehemals leitenden Angehörigen des MfS – vorwiegend Leiter zentraler Dienststellen und von Bezirksverwaltungen sowie deren Stellvertreter – organisiert und diese gebeten, ihren Einfluss zur Werbung neuer Mitglieder für ISOR geltend zu machen. Wer uns nun zum Vorwurf macht, wir würden alte MfS-Strukturen reaktivieren, den können wir nur sagen, dass kein Mensch auf eine solche Idee gekommen wäre, wenn es nicht eine anhaltende Ausgrenzung und Diffamierung der MfS-Mitarbeiter und die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihre rentenrechtliche Diskriminierung geben würde.

... In einer beachtlichen Zahl von ehemals zentralen Dienststellen des MfS und Bezirksverwaltungen wurden in Reaktion auf den Offenen Brief an die ehemaligen Mitarbeiter des MfS Initiativen entwickelt, um noch abseits Stehende für die Mitgliedschaft in unserem Verein zu gewinnen.

... Die Mitgliederzahl in unserem Verein ist in der Berichtsperiode um ca. 2.300 zurückgegangen.

Durch die Initiativen in den Reihen des ehemaligen MfS ist es uns nun erstmals seit vier Jahren wieder gelungen, den Rückgang unserer Mitgliederstärke aufzuhalten und die Mitgliederzahl zu stabilisieren.

... ISOR bietet allen Mitgliedern die soziale Nähe zu politischen Freunden und als ein organisierter Teil der für soziale Gerechtigkeit kämpfenden politischen Kräfte die Basis eines wirkungsvollen Eintretens für soziale Forderungen und Interessen.

Gründe für Rentner, sich zusammenzuschließen und sich gemeinsam gegen Sozialabbau zu wehren, gibt es wahrlich genug. Noch ist die Bundesregierung nicht gebildet, da wird schon verkündet, dass auch 2006 eine Nullrunde bei den Renten geplant ist, was de facto einer erneuten Rentenkürzung gleichkommt. Solche Nullrunden sind auch für die kommenden Jahre wahrscheinlich. Der Rentenexperte Meinhard Miegel schätzt nach einer Veröffentlichung in der »Morgenpost« vom 22.10.2005 ein, dass in den nächsten vier bis fünf Jahren ein Kaufkraftverlust für die Rentner von etwa zehn Prozent »unausweichlich« sei. Die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 sind hier noch nicht einmal eingerechnet. Von einer Nullrunde bei Mieten, Preisen usw. ist also nicht die Rede. Aber einigen ist das anscheinend noch nicht genug. Sie denken schon laut darüber nach, die Rentner bei den Krankenkassenbeiträgen stärker zur Kasse zu bitten, und auch Minusrunden für die Renten sind kein Tabu mehr. Eine Anhebung des Renteneintrittsalters ist schon beschlossen. Man müsse leider die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung kürzen, das Renteniveau sei »nicht zu halten«. Wo sonst soll auch das Geld für »Kriegsspielzeug«, wie erst kürzlich für zwei U-Boote im Wert von 1,5 Milliarden, herkommen!

Horst Parton schloss mit einem Wort Victor Hugos: »Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Tapferen ist sie die Chance.«

Lassen Sie uns gemeinsam immer auf der Seite der Tapferen sein – Nutzen wir unsere Chancen!

Nach dem von Manfred Krumbholz vorgebrachten Bericht der Revisionskommission sprach Dr. Peter Fricker für die Satzungskommission.

➤ Fortsetzung von Seite 4

Er begründete – auch im Hinblick auf aktuelle Bestrebungen zur Änderung des Vereinsrechts – den Antrag, die bewährte Satzung von ISOR nicht zu verändern und die Satzungskommission als ständige Arbeitsgruppe des Vorstandes zu berufen. (Zum Bericht des Vorstands siehe auch www.isor-sozialverein.de)

Zur Diskussion sprachen sieben Delegierte und Gäste. Zwei Beiträge wurden schriftlich eingereicht. In ISOR aktuell Nr. 1/06 wird darüber ausführlich berichtet.

Die Vertreterversammlung billigte einstimmig den Entwurf der EntschlieÙung sowie den Antrag der Satzungskommission und entlastete den Vorstand und die Revisionskommission.

Die Vertreterversammlung wählte den neuen Vorstand in folgender Zusammensetzung:

Horst Parton, Vorsitzender
Prof. Dr. Horst Bischoff, st. Vorsitzender
Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, st. Vorsitzender
Hans-Peter Speck, Schatzmeister
Willi Becker
Dr. Gerhard Dylla
Horst Eismann,
Siegfried Felgner
Horst Hartrampf
Herbert Kranz
Gerd Röseberg
Dr. Rainer Rothe

Dr. Rolf Scheffel
Wolfgang Schmidt
Dr. Wolfgang Stuchly
Manfred Volland
Dieter Wittstock

In die Revisionskommission wurden gewählt:

Manfred Krumbholz, Vorsitzender
Paul Nimz
Renate Piotrowski
Karlheinz Schwarzeit

Der Vorstand teilt mit:

Herausgabe der Daten über das Durchschnittseinkommen in der Volkswirtschaft fordern

Das Bundesverfassungsgericht verlangt bekanntlich den Vergleich der Einkommen im MfS mit den in der Volkswirtschaft der DDR. Über die in den verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft der DDR erzielten Einkommen gibt es Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Rentenüberleitungs-gesetzes von 1991 entstanden sind. Das bisherige Bundesministerium für Gesundheit und Sozialordnung hat deren Herausgabe verweigert. Jetzt ist das von Franz Müntefering geleitete Bundesministerium für Arbeit und Soziales zuständig.

Nach dem sogenannten Informationsfreiheitsgesetz besteht nunmehr das Recht auf Herausgabe dieser Unterlagen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2006 in Kraft. Deshalb hat die

➤ Fortsetzung auf Seite 6

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 94. Geburtstag:

Fritz Kraban, *Bln.-Hhsn.*

zum 92. Geburtstag:

Alois Koller, *Leipzig*

zum 90. Geburtstag:

Hermann Maikath, *Bln.-Hellersdorf*

zum 89. Geburtstag:

Felix Schneider, *Bln.-Karlshorst*

zum 88. Geburtstag:

Anni Assmann, *Rostock*

zum 87. Geburtstag:

Karl Becke, *Jena/WeiÙbach*

zum 86. Geburtstag:

Magdalena Altmann, *Salzwedel*
Erna Engelbrecht, *Bln.-Köpenick*
Hugo Hickethier, *Saalfeld*
Erich Schade, *Heringsdorf*
Erich Trankner, *Pln.-Pankow*
Hugo Treßelt, *Bln.-Hhsn*
Elfriede Walter, *Bln.-Marzahn*

zum 85. Geburtstag:

Fritz Aernecke, *Bln.-Hellersdorf*
Karl Deringer, *Leipzig*
Edith Fichtner, *Dresden*
Werner Fischer, *Leipzig*
Heinz Hager, *Zwickau*
Marie Herrmann, *Bln.-Hhsn*
Emil Karaus, *Pdm.-Zentrum*
Heinz Krenkel, *Bln.-Li'berg*
Marianne Kühnhold, *Jena*
Walter Mehnert, *Chemnitz*
Gertrud Müller, *Erfurt*
Erika Ritter, *Bln.-Fr'hain*
Werner Steding, *Rostock*

zum 80. Geburtstag:

Otto Bentert, *Belzig*
Elisabeth Dietz, *Halle*
Alfred Friedrich, *Belzig*
Gerda Gruchmann, *Neuhof*
Werner Hötling, *Bln-Mitte*
Hildegard Hohn, *Worbis*
Horst Julemann, *Potsdam-West*
Friedhold Karpinski, *Strausberg*
Werner Klippel, *Bln.-Treptow*
Wilhelm Möckel, *Chemnitz*
Gertrud Pietzner, *Bernau*
Gerhard Pfanne, *Strausberg*
Anne-Marie Rittwagen, *Bln.-Hhsn*
Anton Siegel, *Bln.-Li'berg*
Paul Spatzig, *Bln.-Fr'felde*
Christa Schmidt, *Jessen/Elster*
Werner Steinführer, *Bln.-Prenzl.Berg*
Rolf Tröbner, *Bln.-Karlshorst*
Anna Vogel, *Pdm.-Stern*
Kurt Zenker, *Dresden*

zum 75. Geburtstag:

Roland Anger, *Bernau*
Rainer Baldauf, *Neubrandenburg*
Herbert Berger, *Dessau*
Wolfgang Blumensath, *Bischofswerda*
Siglinde Bönisch, *Rostock*
Siglinde Brinkmann, *Bln.-Li'berg*
Heinrich Dittrich, *Osterburg*
Bruno Donner, *Neubrandenburg*
Wolfgang Dragendorf, *Bln.-Marzahn*
Arnim Eckardt, *Bernau*
Gerhard End, *Hildburghausen*
Christa Engelhardt, *Gardelegen*
Erika Ganßauge, *Bln.-Treptow*
Lothar Gaudig, *Halle*

Horst Giesen, *Bln.-Treptow*
Heinz Glöde, *Prerow*
Werner Grimm, *Schwarzenb./Aue*
Horst Guddat, *Jena/Großschwabhsn.*
Werner Hackbusch, *Sangerhausen*
Christa Heidenreich, *Leipzig*
Gerhard Heinert, *Bln.-Hhsn*
Getraud Helas, *Bln.-Fr'felde*
Prof. Dr. Willi Hellmann, *Rostock*
Günter Hinze, *Sternberg*
Rudi Höll, *Bln.-Li'berg*
Heinz Höntsch, *Bln.-Prenzl. Berg*
Günter Hoppe, *Bln.-Fr'felde*
Günter Jäckel, *Leipzig*
Ilse Jäkel, *Bln.-Hhsn*
Ingeborg Janßen, *Bln.-Hhsn*
Christa Jeschoreck, *Magdeburg*
Werner Kamilli, *Bln.-Li'berg*
Klaus Kobow, *Neustrelitz*
Gottfried Köhler, *Pdm./Waldstadt*
Gerhard Koller, *Schöneiche*
Helga Kraus, *Halle*
Ingeborg Kreutzmann, *Halle*
Helga Krohn, *Bln.-Fr'felde*
Manfred Krüger, *Hagenow*
Arnim Kühn, *Grünheide*
Ruth Lange, *Straßund*
Rudolf Laube, *Bln.-Mitte*
Manfred Leistner, *Bln.-Treptow*
Friedrich Lücht, *Rostock*
Herta Martin, *Delitzsch*
Helmut Masch, *Delitzsch*
Gerthold Möschter, *Pdm.-Schlaatz*
Heinz Mühle, *Bergfelde*
Horst Neitzke, *Aschersl./Staßfurt*
Helga Neukirchen, *Bln.-Mitte*
Helmut Nilius, *Bln.-Mitte*

Gerda Oelze, *Magdeburg*
Ruth Petzold, *Bln.-Hellersdorf*
Ambrosius Plawan, *Wolgast*
Ilse Popek, *Neubrandenburg*
Willi Queck, *Leipzig*
Alfred Randel, *Gera*
Irmgard Reeck, *Germendorf*
Günter Reichenbach, *Sömmerda*
Bernhard Riebe, *Bln.-Marzahn*
Erich Riedel, *Rostock*
Rolf Römer, *Bln.-Hhsn*
Hannes Sahlmann, *Luhme*
Dr. Günther Sarge, *Bln.-Hellersd.*
Gerhard Schaarschmidt, *Zschopau*
Christa Schlegel, *Görlitz*
Annelies Schliesch, *Dresden*
Heinz Schmalfuss, *Chemnitz*
Günter Schreiber, *Schleiz*
Max Schwerdtter, *Dranske*
Horst Schwerdtfeger, *Bln.-Mitte*
Hilde Skupin, *Borna*
Helga Smieja, *Pdm.-Babelsberg*
Martin Sommer, *Suhl*
Werner Sommerkorn, *Bln.-Marzahn*
Erika Szkodowski, *Bln.-Treptow*
Henry Thormeyer, *Zwickau*
Karl Tondera, *Görlitz*
Günter Tschirschwitz, *Bln.-Li'berg*
Siegfried Voit, *Schwarzenberg/Aue*
Günter Voßwinkel, *Halle*
Ernst Wartmann, *Bln.-Marzahn*
Klaus Wöller, *Bln.-Mitte*
Inge Wulke, *Bln.-Fr'felde*
Günter Zabel, *Bln.-Fr'hain*
Wolfgang Zeller, *Strausberg*
Gerda Zilm, *Bln.-Treptow*
Josef Zölfl, *Pdm./Waldstadt*

➤ Fortsetzung von Seite 5

Vertreterversammlung vom 12. November 2005 aufgerufen, massenhaft entsprechende Anträge zu stellen.

Diese Anträge können listenmäßig gestellt werden. Noch im Dezember 2005 werden alle TIG diese Listen erhalten.

Der Vorstand ruft alle Mitglieder auf, ihren Antrag auf diesen Listen zu stellen. Auch ehemalige MfS-Angehörige, die noch nicht ISOR-Mitglied sind, sollten dazu angesprochen werden. Der neue Rentenversicherungsminister Franz Müntefering soll auch auf diesem Wege erfahren, dass wir weiter geschlossen und mit

großer solidarischer Kraft gegen das Rentenstrafrecht kämpfen.

★

Der Vorsitzende der ISOR e.V. übermittelte der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel die Glückwünsche des Vereins zur Wahl in die Funktion und wies auf die Notwendigkeit der endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts hin. In diesem Zusammenhang macht er auf die bekannte Verweigerungshaltung der Birthler-Behörde, des Bundesministeriums des Innern und bisherigen Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung aufmerksam.

Er bat die Bundeskanzlerin, »in ihrer Regierung darauf hinzuwirken, solche künstlich er-

richteten Hürden gegen die rechtsstaatlich legitime und objektive gutachterliche Klärung der Rentenansprüche ehemals staatsnaher Bürger der DDR zu beseitigen.

★

Die traditionelle Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg findet am 15. Januar 2006 auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde statt.

ISOR wird mit einem gemeinsamen Stand mit der GRH präsent sein.



Bereits eine Woche nach der Vertreterversammlung erfolgte deren Auswertung mit unseren Mitgliedern unter Teilnahme von Gästen aus der TIG **Bischofswerda**. Für uns alle war es ein besonderes Ereignis, in unserer zahlenmäßig relativ kleinen TIG den wiedergewählten Vorsitzenden Horst Parton begrüßen zu können. Seine umfassenden und verständlichen Ausführungen zum aktuellen Stand des Kampfes um Rentengerechtigkeit und den sich daraus für die weitere Zukunft ergebenden Aufgaben sind uns Ansporn, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen.

Unter Bezugnahme auf die Entschließung der Vertreterversammlung werden wir verstärkt durch individuelle Aktivitäten an die Birthlerbehörde und die zuständigen Personen der neuen Bundesregierung unsere Proteste zum Ausdruck bringen.

Auch der weiteren Gewinnung neuer Mitglieder für ISOR müssen und werden wir neue Impulse geben.

Für die vor uns liegenden schwierigen Aufgaben wünschen wir uns alle, besonders bei deren erfolgreiche Bewältigung, dem neuen Vorstand einschließlich unserer jahrelangen juristischen Mitstreitern viel Mut, Kraft, Ausdauer und Erfolg.

Paul Bormann

In seiner Sitzung am 23. November wertete der Vorstand der TIG **Güstrow** die Vertreterversammlung aus. Die vorgegebenen Grundorientierungen bilden beste Arbeitsthemen für unsere für 2006 vorgesehenen Arbeitsschwerpunkte. Dabei legen wir weiterhin unsere Anstrengungen vordergründig auf die solidarische Geschlossenheit, die Mitgliedergewinnung und die stabile Führung des Finanzhaushalts. Unser Grundsatz: Keiner wird mit seinen Problemen allein gelassen. Darin sind alle Fragen unserer Arbeit eingebunden.

Walter Krüger

★

Mitteilung

Die Gesamtmitgliederversammlung aller TIG im **Bereich Potsdam** findet am Sonnabend, dem 14.01.2006 von 10.00 bis 12.00 Uhr im Treffpunkt Freizeit am Neuen Garten statt.

Zu dieser Veranstaltung sind alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen.

Mitteilung der Geschäftsstelle:

Die Geschäftsstelle bleibt zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen. In dieser Zeit findet auch keine Sprechstunde der AG Recht statt.

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

ILSE ARNOLD, Dresden
 PETER BERGMANN, Rostock
 HEINZ BRAUER, Erfurt
 WERNER FRANK, Bln.-Treptow
 PETER GÖHLERT, Suhl
 WERNER GÖRLICH, Strassgräbchen
 HEDWIG GRIMM, Leipzig
 MANFRED GROßMANN, Zeitz
 LOTHAR HÖNIG, Groß Glienicke
 FRITZ HÜTTNER, Kartow
 HERBERT KITZMANN, Leipzig
 HELENE KLEBAUM, Bln.-Treptow
 DR. MED. HELMUT KLUGE, Dresden
 JOACHIM KRAUSE, Saalfeld
 HELGA KROTKI, Aschersleben
 DORIS KUNZSCH, Dresden
 RENATE MATTHAI, Cottbus
 ALFRED NEUMANN, Fürstenwalde
 ANNA PHILIPP, Weißenfels
 GERHARD PROMINSKI, Bln.-Fr'felde
 GERHARD RIESE, Rostock
 HORST RUSCH, Zehdenick
 HEINZ SCHACH, Leipzig
 GERHARD SCHEDECK, Dresden
 DIETER SCHINZEL, Eisenach
 HERBERT SCHUBERT, Dresden
 SIEGFRIED SCHUBERT, Löbau
 URSULA SCHULZE, Damelang
 GEORG SPILLNER, Haldensleben
 WERNER USATH, Bln.-Treptow
 LOTHAR WEIMAR, Bln.-Fr'hain
Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 29.11.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.12.2005

Einstellung im Internet: 07.01.2006

Auslieferung: 13.01.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr